



Anträge

Arbeitskreis 3
„Soziale und wirtschaftliche Folgen“

AP 33/27
SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Pandemieplan und ÖGD

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

Antrag: Das 33. Altenparlament möge beschließen:

Die Landesregierung möge im Bundesrat initiativ werden, damit eine Überarbeitung des nationalen Pandemieplans mit dem Ziel erfolgt, die Erkenntnisse und Erfahrungen aus der Pandemie einfließen zu lassen, um zukünftige Pandemien besser begegnen zu können.

Folgende Punkte sollen dabei beachtet werden:

- a. Die Herstellung von medizinischen Produkten muss innerhalb Deutschlands sowie in Europa erfolgen.
- b. Es muss eine strukturierte Vorratsplanung innerhalb Deutschlands sowie in Europa umgesetzt werden.
- c. Es muss eine personelle Ausstattung im „Öffentlichen Gesundheitsdienst“ sowie in den Krankenhäusern erreicht werden, die einer erneuten Pandemie entsprechend begegnen kann.

Begründung: Die Auslagerung der Herstellung von medizinischem Gerät, Material (Masken, Spritzen, Desinfektionsmittel, Handschuhe u. s. w.) und Medizin in Drittländer hat während der Pandemie zu großen Versorgungslücken geführt.

Unser Gesundheitssystem ist erheblich geschwächt, da systematisch Personal im „Öffentlichen Gesundheitsdienst“ abgebaut wurde, dies gilt es jetzt wieder auf- und auszubauen.

AP 33/28
Sozialverband Deutschland, Landesverband
Schleswig-Holstein e. V.

*Freiheitsrechte von Menschen in Pflegeeinrichtungen
besser schützen*

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

Antrag: Das 33. Altenparlament möge beschließen:

Die Landesregierung soll durch geeignete Maßnahmen dafür Sorge tragen, dass in einem kommenden Pandemiefall die Freiheitsrechte von Menschen in Pflegeeinrichtungen gewahrt bleiben.

Begründung: Hierzu müssen geeignete Stellen unterhalb der Gerichte eingerichtet werden, an die sich von Zwangsmaßnahmen betroffene Menschen richten können. Eine Ansiedlung einer Beschwerdestelle allein bei der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten ist hierfür nicht ausreichend. Zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 wurde innerhalb weniger Wochen deutlich, dass die Freiheitsrechte von Menschen in Pflegeeinrichtungen in einem Ausmaß eingeschränkt werden konnten, das weit über das hinausging, was durch die Infektionsschutzmaßnahmen dem „Rest“ der Bevölkerung zugemutet wurde. Die besonders drastischen Maßnahmen entstanden im Spannungsfeld zwischen notwendigem Infektionsschutz und der Angst vor ungeklärten Haftungsfragen im Ansteckungsfall und gingen teilweise auch weit über die gesetzlichen Vorgaben hinaus. Über Monate hinweg durften Menschen in Pflegeeinrichtungen keinen Besuch empfangen bzw. selbst die Einrichtungen nicht verlassen. Das Angewiesensein auf Pflege in stationären Einrichtungen darf nie wieder mit der vorsorglichen Aufgabe/Entziehung bürgerlicher Freiheitsrechte verknüpft werden.

AP 33/29
Landesarbeitsgemeinschaft Heimmitwirkung
Schleswig-Holstein e. V.

*Rückkehr der Kommunen zur sozialen Verantwortung
für ältere Mitbürger*

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

Antrag: Das 33. Altenparlament möge beschließen:

Die Verantwortlichen im Land, in den Kreisen und Kommunalen Verwaltungen mögen dafür Sorge tragen, das ältere Mitbürger wieder die Möglichkeit erhalten, in kommunalen Pflegeeinrichtungen ihrer Region untergebracht zu werden. Ferner sollte Pflegeeinrichtungen, die früher in kommunaler Verwaltung lagen und jetzt von ausländischen Großkonzernen betrieben werden, wieder in die kommunale Verwaltung zurückgeführt werden, damit wieder die Menschen und nicht die Renditen im Focus für den Betrieb einer Pflegeeinrichtung stehen.

Begründung: Während der Corona-Pandemie wurde es sehr deutlich, dass die Bewohner von familiär sowie sozial geführten Einrichtungen deutlich besser versorgt worden sind als in Pflegeeinrichtungen, die von Großkonzernen betrieben werden. Erst in der Krise wurden diese Unterschiede überdeutlich. Es war oft der persönliche Einsatz des Personals, der den Unterschied ausmachte, der bis an die Grenze des Möglichen ging, was auf die gute Ausbildung der Mitarbeiter mit sozialer Kompetenz in den privaten und sozial geführten Einrichtungen zurückzuführen ist. Einrichtungen, die ihren Mitarbeitern nur Mindestlöhne zahlen, sind in Krisensituationen deutlich im Nachteil. In den sozial geführten Pflegeeinrichtungen war es immer möglich, dass die Familien von den palliativ gewordenen Angehörigen Abschied nehmen konnten, während in anderen Einrichtungen die Pflegebedürftigen regelrecht abgeschottet wurden. Das

finanzielle Risiko kann als gering eingestuft werden, weil die Unterbringung der Bewohner in stationären Pflegeeinrichtungen für einen Großteil der Bewohner ohnehin über die Sozialträger aus Steuergeldern finanziert werden muss.

AP 33/30 SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Soziale Folgen der Pandemie

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

Antrag: Das 33. Altenparlament möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept zu entwickeln, dass die Vereinsamung der alten und hochbetagten Bürger*Innen während einer Pandemie entgegenwirkt. Bereits im 31. Und 32. Altenparlament sind Anträge gestellt und beschlossen worden, die eine Isolation der alten Menschen verhindern mögen. (Alltagsintegration und Digitalisierung). Diese sind im geforderten Konzept zu integrieren. Im Vorfeld sind die technischen Voraussetzungen verstärkt zu schaffen.

Begründung: Der nationale Influenzapandemieplan des Robert-Koch-Instituts weist in den drei Parametern, die eine Pandemie ausmachen können, auf das epidemische Potential in der Bevölkerung hin. Hierzu sind unsere alten und älteren Bürger*Innen zu zählen. Die Covid 19-Pandemie hat in Bezug auf den Umgang mit unseren SeniorInnen die Schwachstellen aufgezeigt. Das einzige Konzept war „totale Isolation“ – zwar zu ihrem Schutz aber mit fatalen Nebenwirkungen. Neben der Vereinsamung kam es in vielen Fällen auch zu einer deutlichen Verschlechterung des

allgemeinen Gesundheitszustandes. Menschen, die ihre regelmäßigen Anwendungen nicht erhielten, aber dauerhafte Schäden davongetragen oder wurden in ihren Genesungsprozess wieder weit zurückgeworfen.

AP 33/31
Landesarbeitsgemeinschaft Heimmitwirkung
Schleswig-Holstein e. V.

Sorgekultur für ein gutes Leben bis zuletzt

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

Antrag: Das 33. Altenparlament möge beschließen:

Sich dafür einzusetzen, den schwerstkranken Bewohnern in den stationären Pflegeeinrichtungen, bis zu ihrem Lebensende höchstmögliche, erträgliche und lebenswerte Lebenszeit, soziale Teilhabe und Gespräche, sowie weitere Angebote zum Ende ihres Lebens zu ermöglichen. Eine Isolation, wie in den letzten zwölf Monaten praktiziert, darf es nicht mehr geben.

Begründung: Die durch die Corona-Pandemie verstärkte räumliche Distanz und stark eingeschränkte menschliche Nähe, wurde vor allem erst in der Begleitung dieser Menschen deutlich, sofern überhaupt eine Begleitung ermöglicht wurde. Das am 8. Dezember 2015 in Kraft getretene Hospiz- und Palliativgesetz stellte einen wesentlichen Schritt auf dem Weg zur stetigen Verbesserung der Versorgung von schwerstkranken Bewohnern an ihrem Lebensende dar. Insbesondere liegt der Schwerpunkt in der Unterstützung von pflegebedürftigen und demenziell erkrankten, hochaltrigen Bewohnern in den stationären Pflegeeinrichtungen.

Die Corona-Pandemie verschärfte die Situation zusehends noch einmal massiv.

Die Betroffenen sowie auch die Angehörigen erleben dies derzeit immer noch als sehr schmerzvoll und traumatisierend. Ein offenes Haus war auch während der Corona-Pandemie möglich. Es musste nur sehr viel getestet werden, was einen hohen personellen Einsatz erforderlich machte. Man sollte die Möglichkeit in Betracht ziehen, statt während einer Pandemie Restriktionen für die Bewohner zu verordnen, nachbarschaftlich dazu mehr geschulte Ehrenamtliche sowie Studenten, Schüler von sozialen-pflegerischen Ausbildungsstätten in die Versorgungssituation einzubinden.

AP 33/32 Diakonisches Werk Schleswig-Holstein

Folgen der Corona-Restriktionen für die ehrenamtliche Arbeit

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

Antrag: Das 33. Altenparlament möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, zu untersuchen, welche Folgen die Pandemie auf die ehrenamtliche Arbeit in Begegnungsstätten, Anlaufstellen, Seniorenheimen, Nachbarschaftshilfen usw. hat. Welche Konsequenzen können gezogen werden? Wie kann noch intensiver für das Ehrenamt geworben werden?

Begründung: Seit März 2020 konnten viele Ehrenamtliche nicht oder nur sehr eingeschränkt tätig sein. Zudem konnten keine neuen Ehrenamtlichen angeworben und geschult werden. Trotz der gegenwärtig nied-

rigen Inzidenzzahlen, gibt es keine Planungssicherheit. Es ist ungewiss, ob es gelingt, die früheren Ehrenamtlichen alle wieder in die Betreuungsarbeit zurückzuholen. Es besteht die Sorge, dass auch nach Abklingen der Pandemie in der Beratung und Betreuung aus Mangel an Ehrenamtlichen größere Einschränkungen bestehen bleiben.

AP 33/33

Landesseniorenrat Schleswig-Holstein e. V.

Ehrenamtliche Unterstützungsangebote

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

Antrag: Das 33. Altenparlament möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, unkomplizierten Zugriff auf gezielte, zweckorientierte und zukunftsorientierte Unterstützungsangebot für ehrenamtliche Selbsthilfegruppen, Organisationen und dem Ehrenamt bereitzustellen.

Begründung: Die Corona Pandemie hat gezeigt, wie bedeutsam nachbarschaftliches und lokales Engagement ist, um die Einsamen, Gebrechlichen und Älteren in die Lebensläufe einzubinden und zu unterstützen, damit die entstanden ehrenamtlichen Strukturen nicht wegbrechen.

AP 33/34

Landesseniorenrat Schleswig-Holstein e. V.

Mehr Hilfe und Unterstützung für pflegende Angehörige

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung, Bundesregierung

Antrag: Das 33. Altenparlament möge beschließen:

Für Personen die Angehörige „ehrenhalber“ also „nicht erwerbsmäßig“ pflegen fordern wir eine angemessene finanzielle Unterstützung.

Begründung: Mit Beginn der Corona Pandemie wurde der Pflegekräftemangel in Deutschland täglich offenkundiger. Angehörige können dies nur tragen, wenn sie in der häuslichen Pflege von Angehörigen gezielte und wirksame Unterstützung erhalten.

AP 33/35

SPD-Landesvorstand AG 6oPlus Schleswig-Holstein

Pflegereform für den Bereich der ambulanten Pflege

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

Antrag: Das 33. Altenparlament möge beschließen:

Die Landesregierung Schleswig-Holstein möge sich dafür einsetzen, dass die verabschiedeten Änderungen zur Pflegereform im Bereich der ambulanten Pflege nachgebessert werden, u. a. müssen folgende Punkte eingefügt werden:

1. Die Begrenzung der Eigenanteile an den pflegebedingten Aufwendungen in der ambulanten Pflege durch einen prozentualen Leistungs-

zuschlag gestaffelt nach der Dauer der Pflege ab dem 1.1.2022 analog zur stationären Pflege.

2. Der Bereitschaftsdienst von Pflegekräften im ambulanten Bereich soll voll bezahlt werden und zwar mindestens zum Mindestlohn und wird über die Pflegekassen abgerechnet.

Begründung: Der Wunsch nach „ambulant“ vor „stationär“ wird weiterhin aktiv verfolgt, d. h. wo es möglich ist, sollen Pflegebedürftige möglichst ambulant gepflegt und betreut werden und nicht stationär. Dieses „Modell“ wird auch in Schleswig-Holstein bereits seit Jahren verfolgt.

Die Arbeit der Familien und Angehörigen hat der Staat dankend in Anspruch genommen und sie überfordert. Und nun ist es besonders schwierig für sie, die nur ambulante Pflegesätze erhalten. Da ist auf der einen Seite das Urteil des BAG, dass zu Recht verlangt, dass auch der Bereitschaftsdienst von Pflegekräften voll bezahlt werden muss und zwar zum Mindestlohn.

Die ambulante Pflege in den Familien und Heimen des betreuten Wohnens muss gleichgestellt werden mit der stationären Pflege. Es ist doch nicht zu vertreten, dass die Pflege von Angehörigen nicht ebenso wertgeschätzt wird wie die Pflege in Heimen.

AP 33/36
Sozialverband Deutschland, Landesverband
Schleswig-Holstein e. V.

Rekommunalisierung im Gesundheitswesen

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

Antrag: Das 33. Altenparlament möge beschließen:
Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, eine Re-kommunalisierung im Gesundheitswesen auf den Weg zu bringen.

Begründung: Inzwischen gibt es kaum noch Pflegeeinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft. Auch bei Krankenhäusern geht der Trend zu immer mehr privat geführten Kliniken. Für die Patient*innen ist dies eine massive Verschlechterung. Das Gesundheitswesen ist zu einer Anlaufstelle für Investoren geworden. Inzwischen locken bei der Beteiligung an Kliniken und Pflegekonzernen hohe Renditen. Dies führt leider häufig zu erheblichen Nachteilen – sowohl für Patient*innen als auch für Mitarbeiter*innen. Beschäftigte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen müssen mit immer weniger Kolleg*innen die gleichen Aufgaben erledigen. Für eine würdevolle Pflege und Menschlichkeit im Alltag bleibt da nur noch wenig Platz. Wir als Sozialverband sind der Meinung, dass der besonders sensible Bereich der Gesundheitsversorgung nicht in profit-orientierte Hände gehört. Vor diesem Hintergrund bedarf es hier einer Umkehr. Klinken und Pflegeheime in privater Trägerschaft müssen mittelfristig wieder in die öffentliche Hand überführt werden. Nur so können Bund, Länder und Kommunen sicherstellen, dass Pflege an den Bedürfnissen der Menschen erfolgt – und nicht an den Interessen der Investoren.

AP 33/37
SPD-Landesvorstand AG 60Plus Schleswig-Holstein

Daseinsvorsorge Krankenhäuser

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

Antrag: Das 33. Altenparlament möge beschließen:

Die Landesregierung Schleswig-Holstein setzt sich dafür ein, dass landesweit mindestens 50 Prozent der Krankenhäuser kommunal und damit gemeinnützig geführt werden.

Begründung: Die Pandemie hat ein erhebliches Defizit im Gesundheitssystem offenbart. Im nationalen Influenzapandemieplan des RKI's Parameter 3 (Ressourcenbelastung) wird neben der Material- auf die Humanbelastung hingewiesen. Diese hat sich in allen Krankenhäusern als unzureichend erwiesen, weil das Personal in privat geführten Häusern aus Kostengründen niedrig gehalten wird, um „akzeptable“ Renditen für Anleger zu sichern. Dies führt dazu, dass nicht alle vorhandenen Betten belegt werden können, da das Fachpersonal fehlt. Da Krankenhäuser und Kliniken zur Daseinsvorsorge gehören, dürfen diese nicht nach rein betriebswirtschaftlichen Aspekten geführt werden. Auch kommunal geführte Häuser sollen so geführt werden, dass sie möglichst eine „schwarze Null“ erwirtschaften.

AP 33/38 DGB Nord

Abbau von Krankenhausbetten stoppen

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

Antrag: Das 33. Altenparlament möge beschließen:

Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen einer Bundesratsinitiative durch ein Gesetz- bzw. Verordnungsverfahren zu garantieren, dass Krankenhaus- bzw. Intensivbetten nicht eingespart bzw. abgeschafft werden, um auch künftig pandemiebedingte, hohe Zahlen an erforderlichen Betten für die Patienten zur Verfügung stellen zu können und deren wohnortnahe Unterbringung zu gewährleisten, keine Rücksicht auf die Interessen der durch Aktiengesellschaften geführten Krankenhäusern zu nehmen und durch Gehaltserhöhungen und verbesserte Arbeitsbedingungen des Personals den Standard unseres Gesundheitssystems nicht zu gefährden.

Begründung: In den letzten Jahren ist der Anteil von Krankenhäusern, die durch private Aktiengesellschaften geführt werden, von ca. 21 auf ca. 38 Prozent gestiegen. Dies geschah, weil Aktionäre ihr Kapital möglichst gewinnbringend, sicher und risikolos anlegen wollten. Seither wird so ziemlich an allen den Service betreffenden Krankenhausbereiche gespart und ganze Sparten in den Krankenhäusern outgesourced, um Personal- und Lohnkosten zu minimieren. Vor diesem Hintergrund hat die Diskussion um den nicht mehr vertretbaren Luxus der Patientenbetreuung bei OPs, der Pflege und dem Bereithalten von Intensivbetten zumindest ein „Geschmäcke“, zumal Intensivbetten inkl. der stattlichen staatlichen Förderungen während der Pandemie – zumindest auf dem Papier – schnell aufgestellt waren. Die Pandemie hat gezeigt, wie weit der Staat in sämtliche Lebensbereiche eingreifen kann und eingegriffen

hat. Die Politik sollte viel mehr Anstrengungen unternehmen, schnellstmöglich entsprechend gutes Krankenhaus- und Pflegepersonal mit einer Perspektive auf gutes, angemessenes Gehalt und vernünftige Arbeitsbedingungen auszubilden. Die Politik hat doch in den letzten Monaten eindrücklich bewiesen, dass sie mehr bewerkstelligen kann, als die ständigen, mantraartigen Hinweise auf Tarifautonomie und nicht beeinflussbare Abläufe in der Geschäfts- und Arbeitswelt.

AP 33/39

DGB Nord

Produktion systemrelevanter Arzneien – Daseinsvorsorge in staatlicher Hand

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

Antrag: Das 33. Altenparlament möge beschließen:

Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen einer Bundesratsinitiative die Herstellung und Produktion systemrelevanter Arzneien und ärztlicher Hilfs- und Hygieneprodukte durch deutsche Firmen bzw. Firmen auf deutschem Hoheitsgebiet einzufordern, um notwendige, schnelle Lieferfristen zu gewährleisten, die Einhaltung der entsprechenden Standards bzw. DIN – Normen zu garantieren, die Möglichkeiten des Missbrauchs bei den jetzigen Lieferketten zu minimieren und unabhängiger von Staaten zu werden, die den Firmen den Export von Arzneien aufgrund ihrer nationalen Interessen verboten haben.

Begründung: In der jetzt 1 1/2 jährigen Pandemie sind viele Missstände offengelegt worden, die unser Gesundheitssystem elementar beeinträchtigt haben. Es wurden z. B. übertriebene Gesichtsmasken gekauft, die den international geltenden Qualitätsstandards nicht entsprachen. Diverse Personen und deren Firmen haben sich z. B. an Schnittstellen der Lieferketten und bei den Auftragsvergaben auf vielfältigste Art und Weise an der nationalen und humanitären Krise ohne jegliches, im Nachhinein erkennbares Unrechtsbewusstsein bereichert. Es konnten z. B. Lieferverträge der Firmen nicht eingehalten werden, da Regierungen aus nationalen Interessen heraus, die Ausfuhr und den Export der Hilfsgüter und Arzneien untersagten. In der Intensivphase der Pandemie wurde durch die Politiker auf diese für alle erkennbaren Schwachstellen hingewiesen, deren Beseitigung durch notwendige heimische Produktionen möglich wäre, und Besserung gelobt. Die Daseinsvorsorge (Krankenhäuser, Arzneimittel etc.) gehört in Staatliche Hand und sollte nicht Teil des privaten Gewinnstrebens sein. Ein weiterer positiver Effekt wäre zudem die Sicherung alter und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

AP 33/40

Sozialverband Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein e. V.

*Auskömmliche Hilfe für bedürftige Bürger*innen*

Adressat: Landesregierung, Bundesrat

Antrag: Das 33. Altenparlament möge beschließen:

Die schleswig-holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass bei zukünftigen Notstandssituationen

Bürger*innen mit besonders großem Unterstützungsbedarf schnelle und ausreichend finanzielle Hilfe erhalten. Für Bezieher*innen von Grundsicherungsleistungen sind 100 Euro im Monat ein angemessener Betrag.

Begründung: Im Sozialverband Schleswig-Holstein vertreten wir mehr als 160.000 Menschen zwischen Nord- und Ostsee. Insbesondere zu Beginn der Corona-Krise hat uns eine Flut von Hilferufen erreicht. Sehr viele Menschen, die auf finanzielle Unterstützung des Staats angewiesen sind, fühlten sich alleingelassen. Medizinische Masken mussten gekauft werden, Elektronische Geräte zum Home-Schooling mussten angeschafft werden. Aufgrund der „Hamsterkäufe“ kostete der Einkauf im Supermarkt wochenlang deutlich mehr als üblich, weil bei Nudeln, Reis und anderen Artikeln des täglichen Bedarfs nur noch Markenprodukte vorrätig waren. Die von der Regierung (sehr spät) auf den Weg gebrachten Einmalzahlungen waren deutlich zu gering, um diese finanziellen Engpässe ausgleichen zu können. Damit sich solch eine Situation nicht noch einmal wiederholt, bedarf es eines gesetzlichen Automatismus. Im Falle einer erneuten Notstandssituation, die vom Gesetzgeber klar geregelt werden müsste, sollte eine automatische Erhöhung des Regelsatzes in der Grundsicherung nach dem SGB II und XII eingerichtet werden. Solange dieser Notstand anhält, sollten monatlich 100 Euro mehr an die betroffenen Bürger*innen überwiesen werden.

AP 33/41

Landesseniorenrat Schleswig-Holstein e. V.

Flexibles Renteneintrittsalter

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung, Bundesregierung

Antrag: Das 33. Altenparlament möge beschließen:

Der Landesseniorenrat Schleswig-Holstein e. V. fordert von der Landesregierung sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass für die Zukunft ein flexibles Renteneintrittsalter eingeführt wird.

Begründung: Viele Rentner arbeiten noch in sogenannten Nebenjobs, weit über das reguläre Renteneintrittsalter hinaus. 600.000 Senioren gehen mit 70 Jahren noch einer regulären Arbeit nach. Über 80jährige, 72.000, gehen einem Nebenjob nach. Nicht die Armut, sondern die Freude an der Arbeit und dem Job und der sich abzeichnende Fachkräftemangel lässt die Senioren im Arbeitsprozess bis ins hohe Alter eine Möglichkeit flexibel zu reagieren.

AP 33/42

Landesseniorenrat Schleswig-Holstein e. V.

Mehr Rente für pflegende Angehörige

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung, Bundesregierung

Antrag: Das 33. Altenparlament möge beschließen:

Für Personen, die Angehörige pflegen, fordern wir eine Erhöhung der Rentenbeitragsätze aus der Pflegeversicherung.

Begründung: Der Personenkreis der Angehörige pflegt (nichterwerbsmäßig) leistet einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der Sozialausgaben der öffentlichen Haushalte. Die dreifache Belastung der Pflegenden (Beruf, Haushalt, Pflege) zum Wohle der Familie und der Solidaritätsgemeinschaft muss sich deutlich in der Altersversorgung (Rente) wiederfinden.

AP 33/43

Landesseniorenrat Schleswig-Holstein e. V.

Mütterrente

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung, Bundesregierung

Antrag: Das 33. Altenparlament möge beschließen:
dass die Landesregierung sich bei der Bundesregierung für die Aufhebung des Grenzdatus (31.12.1991) für Kindererziehungszeiten und den damit verbundenen unterschiedlichen Vorgaben von Rentenpunkten einsetzt. Alle Mütter, die Kindererziehungszeiten erbracht haben, sollen 3 Rentenpunkte pro Kind erhalten.

Begründung: Die unterschiedliche Behandlung der Mütter hinsichtlich der Rentenpunkte ist eine Diskriminierung und trägt nicht zu der vielgepriesenen gesellschaftlichen Solidarität bei.

AP 33/44
DGB Nord

Minijobs abschaffen

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

Antrag: Das 33. Altenparlament möge beschließen:

Die Landesregierung wird im Rahmen einer Bundesratsinitiative aufgefordert, sich für die Abschaffung sogenannter Minijobs bzw. deren Überführung in reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse einzusetzen.

Begründung: Minijobberinnen und Minijobber verloren in der Pandemie als erste ihre Arbeit, als die Restaurants, die Läden und die Schulen schließen mussten. Da geringfügig Beschäftigte von der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen sind, erhalten sie weder Kurzarbeiter-, noch Arbeitslosengeld. Vielen blieben nur die viel zu niedrigen Leistungen der Grundsicherung. Dies betraf besonders Frauen, die während der Corona-Krise zugleich auch den überwiegenden Teil der zusätzlichen Sorge- und Betreuungsarbeit infolge der geschlossenen Kindertagesstätten und Schulen zu tragen hatten. Gerade in Krisenzeiten müssen sich Beschäftigte auf ein soziales Sicherungsnetz verlassen können. Minijobs lösen dieses Versprechen nicht ein. Durch die pauschale Besteuerung und die Befreiung von Sozialversicherungsbeiträgen entstehen Fehlanreize, die vor allem Frauen an der Möglichkeit einer eigenständigen Existenz- und Alterssicherung hindern. Eine Erhöhung der Einkommensgrenzen würde diese Fehlanreize nur noch zusätzlich verstärken.

AP 33/45
DGB Nord

Weiterbildung und Qualifizierung

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

Antrag: Das 33. Altenparlament möge beschließen:

Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen einer Bundesratsinitiative die Rechte von ArbeitnehmerInnen auf Weiterbildung und Qualifizierung während der Pandemie bzw. während der daraus resultierenden Kurzarbeit und darüber hinaus zu stärken, indem ein individueller Anspruch auf berufliche Weiterbildung gesetzlich verankert wird. Zudem sollten Betriebs- und Personalräte ein generelles Initiativrecht bei der Ein- und Durchführung betrieblicher Berufsbildung erhalten. entsprechende Programme aufzulegen, die politischen Voraussetzungen und die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um dafür Sorge zu tragen, dass die Firmen und deren ArbeitnehmerInnen gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Begründung: Durch die Wissenschaftler und für das Gesundheitswesen zuständige Politiker wird uns wenig Hoffnung auf ein baldiges Ende der Pandemie gemacht; ergo müssen wir uns auf ein jahre- wenn nicht jahrzehntelanges Leben mit dem Virus und seiner Mutanten einstellen. Vor diesem Hintergrund sollten wir die trotz aller Widrigkeiten vorhandenen Chancen der Firmen und ihrer ArbeitnehmerInnen zur Weiterbildung und Qualifizierung während der Pandemie und der z. B. angeordneten Kurzarbeit nutzen, die sich z. B. aus dem Qualifizierungschancengesetz ergeben. Die Industrie und Wirtschaft sollte an qualifiziertem Personal ein großes Interesse haben, da sich die Arbeitswelt durch z. B. Homeoffice, der Nutzung von Künstlicher Intelligenz oder der Anwendung von Industrie 4.0 in der Zukunft, ob in oder außerhalb von

Pandemiezeiten sehr verändern wird und gut ausgebildete Facharbeiter und geschultes Fachpersonal immer stärker gebraucht werden. Für eine stärkere Nutzung von Weiterbildungsmöglichkeiten durch die Unternehmen und eine höhere Akzeptanz in den Belegschaften kommt den Betriebs- und Personalräten eine entscheidende Rolle zu.

AP 33/46

Landesseniorenrat Schleswig-Holstein e. V.

Bestattungsgesetz

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

Antrag: Das 33. Altenparlament möge beschließen:

Das Bestattungsgesetz Schleswig-Holstein vom 18.02.2005 bedarf der dringenden Änderung um angemessen und vereinfacht kostengünstig auf künftige Pandemien zu reagieren.

Die Möglichkeit der Wahl zwischen Sarg- oder Leinentuchbestattung muss gegeben sein.

Begründung: Die Corona Pandemie hat offengelegt, wo es zu Engpässen kommen kann und gekommen ist.

- Fehlende Räumlichkeiten für die Leichenlagerung
- Fehlende Särge
- Überlastung der Bestatter
- Erheblicher Bestattungskostenanstieg usw.
- Leichentransporte über Ländergrenzen wegen fehlender Verbrennungskapazitäten

Bei der Vereinfachung des Bestattungsgesetzes würde ein Beitrag zur

Kostendämmung letztendlich zur Vermeidung von Altersarmut beitragen (zwei Tote während der Corona Pandemie in einer Familie sind nicht bezahlbar).

Der Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Referat für Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: registratur@landtag.ltsh.de
sh-landtag.de

Gestaltung: amatik Designagentur, Kiel

Weitere Dokumente unter
sh-landtag.de/service/altenparlament